

- 2 Pflege** Viele Aussteigerinnen zur Rückkehr bereit
- 3 Digitalisierung** Faire Bezahlung muss verpflichtend sein
- 4 Einkommen** Wo die Reichen wohnen
- 6 Erwerbsminderungsrente**  
Rückkehr in Arbeit braucht mehr Unterstützung
- 7 Verteilung** Schädliche Steuergeschenke

## INFLATION

# Preissteigerungen verschärfen Ungleichheit

Familien mit niedrigem Einkommen leiden aktuell am stärksten unter der Inflation. Die beschlossenen Entlastungen gehen in die richtige Richtung, reichen aber noch nicht aus.

Die Verbraucherpreise sind im März um 7,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat gestiegen – so stark wie seit rund 40 Jahren nicht mehr. Gründe dafür sind der Ukrainekrieg und angespannte Lieferketten infolge der Corona-Pandemie. Die Inflation belastet Familien mit niedrigem Einkommen stärker, Singles mit hohem Einkommen tragen die geringste Inflationsbelastung. Das zeigt sich inzwischen deutlicher als noch zu Beginn des Jahres. „Haushalte mit geringeren Einkommen sind durch den Preisanstieg bei Haushaltsenergie überproportional belastet und sie spüren auch die Versteuerung der Nahrungsmittel stärker“, schreiben Sebastian Dullien und Silke Tober vom IMK. Das liegt daran, dass bei diesen Haushalten unverzichtbare Ausgaben – für Lebensmittel, Heizen oder Mobilität – einen größeren Anteil an den Gesamtausgaben ausmachen.

Ein Blick auf den IMK-Inflationsmonitor, der die Teuerung anhand repräsentativer Warenkörbe für neun verschiedene Haushaltstypen misst, zeigt, wen Preisschocks besonders treffen: Familien mit niedrigem Einkommen hatten im März 2022 eine Inflationsbelastung von 7,9 Prozent. Für Familien und Alleinerziehende mit zwei Kindern und mittlerem Einkommen betrug die Inflationsrate je 7,4 Prozent. Bei Alleinlebenden mit hohem Einkommen lag sie dagegen bei 6,0 Prozent.

Die Bundesregierung habe mit ihren beiden Entlastungspaketen Schritte in die richtige Richtung gemacht, erklären die Forschenden des IMK. Die Entlastungen seien „weitgehend sozial ausgewogen“. Weniger spürbar seien sie allerdings für Familien, in denen nur ein Elternteil erwerbstätig ist. Und Rentnerinnen und Rentner profitieren kaum.

Zudem dürfte ein Großteil der Belastungen in diesem Jahr noch bevorstehen. Im Januar und Februar waren die zusätzlichen Kosten durch gestiegene Energie- und Nahrungsmittelpreise noch vergleichsweise gering, im März bereits deut-

## Geringverdienende leiden stärker unter Teuerung

Die haushaltsspezifische <b>Inflationsrate</b> betrug im März 2022 für ...	<b>Paare mit</b> zwei Kindern und geringem Einkommen	<b>Singles mit</b> geringem Einkommen	<b>Singles mit</b> sehr hohem Einkommen
--	--	---	---



Sie setzte sich zusammen aus Preissteigerungen für ...

Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	<b>1,2 %</b>	<b>1,1 %</b>	<b>0,5 %</b>
Miete, Nebenkosten, Instandhaltung	<b>0,5 %</b>	<b>0,6 %</b>	<b>0,6 %</b>
Haushaltsenergie	<b>2,5 %</b>	<b>3,2 %</b>	<b>1,4 %</b>
Kraft- und Schmierstoffe	<b>2,2 %</b>	<b>0,7 %</b>	<b>1,5 %</b>
Verkehr ohne Kraftstoffe	<b>0,5 %</b>	<b>0,2 %</b>	<b>0,4 %</b>
Freizeit und Kultur	<b>0,3 %</b>	<b>0,3 %</b>	<b>0,7 %</b>
übrigen Konsum	<b>0,6 %</b>	<b>0,6 %</b>	<b>1,0 %</b>

Quelle: IMK 2022

Hans Böckler  
Stiftung

lich höher. Für die kommenden Monate erwarten Dullien und Tober erneut hohe Zusatzbelastungen. Sie sehen weiteren Handlungsbedarf: Die Politik müsse bereit sein, mehr zu tun, „damit die soziale Schere nicht noch weiter auseinandergeht“. <

Quelle: Sebastian Dullien, Silke Tober: IMK Inflationsmonitor – Hohe Unterschiede bei haushaltsspezifischen Inflationsraten: Energie- und Nahrungsmittelpreisschocks belasten Haushalte mit geringem Einkommen besonders stark, IMK Policy Brief Nr. 121, April 2022